

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

52 (3.3.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepulverte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Belegblätter nach 50 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Abnahmepreises, bei gerichtlichem Streit und bei Kontos außer Kraft tritt. Einmalige Anzeigen und Gerichten 1. D. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikwelt / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Juliabgabe 2,20 Mark o. Durch die Post 2,66 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 5mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellung 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle mit Beilagen: Karlsruhe i. B. Wochblatt 28 o. Journal 1020 und 1021 o. Volkstreu-Blätter: Durlach, Dursprache 9, B.-Baden, Jagdhausstraße 12; Kehl, Kehlstraße 2; Offenburg, Republikstraße 4

Nummer 52

Karlsruhe, Dienstag, den 3. März 1931

51. Jahrgang

Was bedeutet Braunschweig?

Die Braunschweiger Sozialdemokratie ist zufrieden

Von D. Grothwohl-Braunschweig, M. d. R.

Die Ergebnisse der Braunschweiger Gemeindevahlen fanden am Montag im Mittelpunkt des politischen Interesses von ganz Deutschland. Mancher Republikaner, mancher Parteifreund mag enttäuscht die Zahlen gelesen haben, die der Wahlurne entflohen sind. Man es vorweg zu sagen: Die Braunschweiger Sozialdemokraten sind zufrieden. In einem Wahlkampf von unerbörter Schärfe, der an Intensität und Ausdehnung hinter keinen politischen Wahlen großen Ausmaßes zurückbleibt, hielt die Sozialdemokratie im Trümmerfeld beständig ihren Kurs.

Das Ziel des Bürgerturns und der Nazis war die Vernichtung des Marxismus. Es ist nicht erreicht. Zwar ist ein Teil unserer Wähler nach links abgewandert, weil er glaubte, am moskowitischen Himmel Rettung vor wirtschaftlichem Elend und vor drückender Not zu finden. Aber diese Wähler dürften uns kaum verloren gehen. Wenn der Nebel politischer Demagogie vorbei und der Zusammenstoß wirtschaftlicher Verleumdung sich wieder in feinen Boden verwanbelt, werden diese Wähler wieder zu uns zurückfinden. Wir sehen sie nur darum mit Wehmut von uns scheiden, weil ihre kommunistische Stimmenabgabe an vielen Stellen eine vernünftige politische Willensäußerung verbindet.

Am 14. September 1930 betrug die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen 126 972. Sie ist am 1. März 1931 auf 113 114 zurückgegangen. Das ist ein Rückgang um 13 858. Von diesem Stimmenrückgang sind rund 5000 Stimmen durch die kommunistische Partei ausgefallen worden, so daß für den „Marxismus“ ein tatsächlicher Verlust von etwa 8600 Stimmen verbleibt. Ohne auf die zehnprozentige geringere Wahlbeteiligung zu verweisen, ist dieser Verlust zu erklären durch die Tatsache, daß in vielen Orten durch Wegfallen der Wähler, weil man sich über die Zusammenfassung des Gemeinderates vorher einigte, ein Stimmenverlust eintrat, der besonders für die Sozialdemokratie noch dadurch vergrößert wurde, daß in vielen kleinen Orten keine sozialdemokratische Kandidatenliste aufgestellt wurde. Das ist besonders in solchen Orten der Fall gewesen, wo durch politischen oder wirtschaftlichen Terror die Entscheidung der Partei durch eigene Kandidatenlisten unmöglich war. In vielen Fällen sind aus diesen oder ähnlichen Gründen „neutrale Arbeiterlisten“ aufgestellt worden, die bei der Berechnung der Stimmengahlen naturgemäß außer Ansatz hielten müssen. Da unter diesem Verhältnis die Reichsparteien so gut wie gar nicht zu leiden hatten, ergaben sich Einwirkungen auf die Zahlen und Wählerverhältnisse, unter denen allgemeine politische Wahlen nicht annähernd so zu leiden haben. Es dürfte darum auch kaum anzunehmen sein, das Ergebnis von Gemeindevahlen schematisch auf die Beurteilung des tatsächlichen politischen Kräfteverhältnisses zu übertragen. Die Braunschweiger Gemeindevahlen dürften gleichsam nur als ein Stimmensbarometer gemertet werden.

Wenn man das vorliegende Zahlenmaterial so wertet, dann ergibt sich besonders die beachtliche Tatsache, daß die Nationalsozialisten ihren sprunghaften Aufschwung und ihren unmaßstäblichen Erfolg, den man noch bei den letzten Wahlen wie in Bielefeld und Bremen beobachten konnte, in Braunschweig eingestrichelt haben. Darüber hinaus zeigt sogar das Wahlergebnis der Nazis aus vielen agrarischen Orten Stimmeneinbußen bis zu 50 Prozent. Demobilisiert also die Nazis nach in ihrer besten politischen Konjunktur leben, so ist ihre Bewegung bereits eine Flatterbalkenliste, die mit Recht ihren ganzen politischen Erfolg seit dem 14. September 1930 als einen politischen Inflationsgewinn erscheinen läßt. Darüber hinaus auch der nationalsozialistische Gesamtstimmengewinn von 1681 Stimmen nicht einwandlos.

Besonders ekkant dürfte sich aber bei den Wahlen in der Stadt Braunschweig gezeigt haben, daß die ganze Hitzerei nicht ein Problem der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterschaft ist, sondern einzig und allein des deutschen Bürgerturns. Die marxistische Wahlfront steht unerklärlich da, selbst wenn man von den weit günstigeren Zahlen des Jahres 1928 ausgeht.

Zahlen wir die Stimmen der Reichstagswahl 1928:
44 803 Stimmen für die S.P.D. und
4 324 Stimmen für die K.P.D.
49 127 marxistische Stimmen.
Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 brachte unter weit ungünstigeren Voraussetzungen eine Stimmengahl von
41 621 Stimmen für die S.P.D. und
8 828 Stimmen für die K.P.D.
50 449 marxistische Stimmen.
Am 1. März zählte die Sozialdemokratie bei den Gemeindevahlen in der Stadt Braunschweig
37 672 sozialdemokratische Stimmen
12 236 kommunistische Stimmen
49 908 marxistische Stimmen.
Diese Entwicklung zeigt, daß ein Einbruch des Nationalsozialismus in das Lager des Marxismus in keiner Weise stattgefunden hat.

Verheerend hat der Wahlausgang allerdings in den Reihen der bürgerlichen Parteien zugunsten der Nazis gewirkt. Mittelstand, deutschnationale und Volkspartei sind von 26 579 Stimmen auf

18 595 Stimmen gesunken, und haben damit einen Verlust von 784 Stimmen zu verzeichnen.

Das beachtliche dabei ist jedoch, daß von diesen nahezu 18 000 Stimmen nur ein ganz geringer Teil von den Nazis aufgelesen wurde. Das Bürgerturn läuft seinen eigenen Parteien davon. Es traut dagegen den Marxistenkreisen vom Salentanz bereits nicht mehr. Sie wählen nicht mehr Nazi. Die Nazis haben ihre Stimmenzahl in der Stadt Braunschweig nur um 1788 gegenüber dem 14. September steigern können. Doch selbst dies hat seine besonderen Gründe, die nur aus dem Braunschweiger Lokalkolorit zu verstehen sind. Die Wahlen haben vor einigen Monaten ihren politischen eigenen niederländischen Geist aufgegeben, und in ihrem Sierbehaas die Parole „Wählt Nazis“ ausgegeben. Das Gleiche hat einige Tage vor dieser Wahl die Kleintrentenorganisation, die bis dahin die Volkspartei wählte, getan. Diese beiden Gruppen stellten den Nazis immerhin eine neue Wählerelite von rund 3000 Stimmen im Bürgerblock zur Verfügung. So entsappt sich schließlich der kaum nennenswerte nationalsozialistische Stimmengewinn als eine politisch lächerliche Farce. Nebenbei wird es in einigen anderen Städten geben, sobald Anhänger der beiden ehrenvoll, verschwendeten Gruppen vorhanden waren.

Die Sozialdemokratie hat in diesem hartnäckigen verleumderten Kampf aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Nazis unerklärlich standgehalten. Ob und inwieweit die einseitige Verschiebung der eigenen Macht nach links politisch genutzt werden kann, muß die Zukunft lehren. Es steht allerdings zu befürchten, daß die abgeschwenkten kommunistischen Wähler bald erkennen müssen, daß sie ihre Stimme zwecklos und wirkungslos abgegeben haben, denn die Nazi werden aller Voraussicht nach die Steinschleuder der Nazi werden.

Obiger Artikel eines der besten Kenner der Braunschweiger Verhältnisse, des Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Braunschweig D. Grothwohl, bestätigt durch detaillierte Darstellung den Eindruck, den das Ergebnis der Braunschweiger Wahlen sofort in allgemeiner Hinsicht zur Beurteilung der Situation machte. Die Braunschweiger Kommunalwahlen haben über die übliche Bedeutung sonstiger Kommunalwahlen hinaus für ganz Deutschland eine symptomatische Bedeutung gewonnen. Sie werden allerorts als Gradmesser für die derzeitige politische Stimmung betrachtet und gelten so gewissermaßen als Barometer. Selbstverständlich muß dieser Barometer obektiv abgelesen werden und darf nicht nach Parteiwahn hin- oder hergebeutet werden, da er sonst seinen Wert verliert. Wir haben daher geteilt im Volksfreund und unbefangenen und augenblicklichen Stimmungen versucht, die Wahlen in Braunschweig in großem Zusammenhang der politischen Ereignisse zu messen und werden dies auch weiterhin tun, mögen nun auch die Nationalsozialisten eine andere Methode belieben.

Auf Grund dieser Linie haben wir im gezeigten Volksfreund bereits mit Recht darauf hingewiesen, daß nicht alle sozialdemokratischen Wünsche erfüllt worden sind, daß jedoch den Nationalsozialisten die von ihnen angeforderte „Zerschlagung der marxistischen Front“ nicht gelungen ist. Zweifellos kann uns Sozialdemokraten, soweit unsere Partei in Frage kommt, das Braunschweiger Ergebnis nicht befriedigen. Wer ist jedoch kühn genug, anzunehmen, daß wir in einer Zeit, in der wir, um Schlimmeres zu verhindern, manche taktische Maßnahme treffen müssen, die niemand in der Partei Freude bereitet, große politische Neueroberungen machen können. Mit aller Kraft die Stellung der Sozialdemokratie zu halten, das ist in dieser schwierigen Zeit unser oberstes Gebot und diesem Gebot weitgehendst nachzukommen, müssen sich alle Genossen befechtigen, indem sie in der Erfüllung der Forderung „Wo bleibt der

zweite Mann?“ die Aktivität der Sozialdemokratie zu entschlossenem Ausdruck bringen.

Das wichtigste Symptom der Braunschweiger Kommunalwahlen liegt jedoch auf anderem Gebiete. Bedeutsamer als ein kleines Stimmenplus oder -minus ist die Tatsache, daß es den Nationalsozialisten nicht gelungen ist, sich in der im vergangenen Jahr gewohnten Weise weiter zu entwickeln. Wenn man berücksichtigt, daß die Nationalsozialisten bei den vorigen Braunschweiger Gemeindevahlen nur einen Stimmengewinn von knapp 1700 Stimmen gegenüber der Reichstagswahl erzielten, so bestätigt dies unsere gezeigte Feststellung, daß die nationalsozialistische Welle zum Stehen gebracht worden ist. Die Sozialdemokratische Partei als eine mit den ökonomischen Lasten rechnende Partei rechnet mit Jahrzehnte politischer Entwicklung, um in fortgesetzter Bewegung den Aufstieg der Arbeiterklasse zu vollziehen. Die Nationalsozialisten dagegen als eine von der Stunde getragene Partei, die, wie sie selbst erklärt, im Jahre 1931/32 die politische Macht in Deutschland erobern will, hängt von der Stunde ab, und diese Stunde wird, wenn die republikanischen Parteien fest auftreten, schlagen. Ein Stimmengewinn von 1700 Stimmen im Verlaufe eines ganzen halben Jahres deutet nicht darauf hin, daß Deutschland im Jahre 1931/32 für die Nationalsozialisten „turmreif“ ist. Er deutet aber auch nicht darauf hin, daß es notwendig ist, den Wunsch der Nationalsozialisten zu erfüllen, in diesem Jahre schon wieder Reichstagswahlen vorzunehmen. Wegen einer solchen Lappalie eines Stimmengewinns von 1700 — in Worten siebenhundert Stimmen — treibt man das Volk nicht erneut in einen äußerst kostspieligen, die Volksleidenschaft bis zur Siebehtigkeit erregenden und die Wirtschaft vollends ins Unglück stößenden Kampf hinein. Wenn daher im nationalsozialistischen Führer „Sieg“ gefeiert wird, so ist dies ein Sieg, über den die Manager der nationalsozialistischen Bewegung unter vier Augen sich ganz anders äußern, als sie ihren verhegten Massen vormacht. Knapp 1700 Stimmen sind wahrlich keine „Lawine“.

Braunschweig zeigt, daß es möglich ist, die nationalsozialistische Welle zum Stehen und, wenn fest aufgetreten wird, und es gelingt, die Wirtschaftskrise allmählich einzubäumen, auch zum Abebben und zum Zerfallen zu bringen. Die Entscheidung hierüber, ob es so kommt, steht bei der deutschen Republik und ihrer Kraft gegen die staatszerstörenden Kräfte.

Dressstimmen über Braunschweig

Berlin, 2. März. Die Abendblätter berichten ausführlich in großer Aufmachung über das Ergebnis der Braunschweiger Kommunalwahlen und beschäftigen sich in ihren Kommentaren mit der politischen Auswertung dieses Ergebnisses. Die „Germania“ spricht von einem ersten Meinetel für die Rechtsopposition. Es sei ihr nicht einmal gelungen, die Linksmeinheit in der Stadt Braunschweig zu brechen. Noch einige solcher „Siege“ der nationalen Opposition, und der schöne Traum vom Dritten Reich sei ausgeträumt. Das „Berliner Tageblatt“ ist der Meinung, daß die Nationalsozialisten von dem erzielten Stimmengewinn nicht übermäßig befreit sein dürften. — Nach Ansicht des Abtrabendenblattes dürfte man den Schluss ziehen, daß im übrigen Deutschland unter den jetzigen Verhältnissen ein Wähltag der nationalsozialistischen Bewegung eingetreten sei. Die „Vossische Zeitung“ unterstreicht, daß die „marxistische Front“ nicht allzu hart abgenommen habe. Das „Tennys“ schreibt, daß die Grenze des Radikalismus erreicht sei und die Zeit der Wiederkehr der politischen Vernunft beginne. Der „Annenburger“ zieht aus dem Wahlergebnis, bei dem sich die Prophezeiungen der nationalsozialistischen Führer als trügerisch erwiesen hätten, die Schlussfolgerung, daß das Parteiystem nicht die richtige Grundlage für die politische Willensbildung sei.

Verfassungsänderungsantrag der Volkspartei

Heraushebung des Wahlalters und Beseitigung der Rechte Preußens

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung eingebracht, dem unter den obwaltenden Umständen nur agitatorische Bedeutung beigemessen ist. Verfassungsändernde Gesetze bedürfen zu ihrer Annahme einer Zweidrittelmehrheit, die jedoch für den Gesetzentwurf der Volkspartei im Reichstag des 14. September 1930 selbst dann nicht zu haben sein wird, wenn die Nationalsozialisten und deutschnationalen in das Parlament zurückkehren und für die Volkspartei votieren würden. Immerhin geben wir den Gesetzentwurf der Volkspartei wieder, weil er zeigt, welche innerpolitischen Sorgen die Deutsche Volkspartei zur Zeit hat.

Der Gesetzentwurf fordert eine Heraushebung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre.
Ferner soll Artikel 24 der Reichsverfassung folgende Fassung erhalten: „Der Reichstag wird vom Reichspräsidenten berufen und gelöst. Die Berufung muß alljährlich, und zwar spätestens auf den ersten Mittwoch des November nach dem Sitz der Reichsregierung erfolgen.“

Schließlich soll folgender Artikel 5a eingefügt werden: „Der Reichspräsident ist zugleich Oberhaupt des Landes Preußen. Ihm stehen in preussischen Angelegenheiten die Rechte zu, die sich durch Annahme der Vorschriften der Artikel 24, 25, 44, 46, 49, 53, 55, 70, 72 bis 74 auf das Land Preußen beziehen. Näheres regelt ein preussisches Landesgesetz. Kommt ein solches Landesgesetz nicht innerhalb drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Artikels zustande, so erfolgt Regelung durch Reichsgesetz.“

Schwere Nazibluttat in München

München, 2. März. (Eig. Bericht.) Ein Trupp Nazis verübte in der Nacht zum Montag im Stadtimern eine schwere Bluttat. Kurz nach 1 Uhr nachts hingen die Nazis aus einer Weinwirtschaft kommend mit einigen Strahenpassanten aus nichtigen Gründen Händel an. Nach kurzem Wortwechsel zog einer der Nazis ein griffeltes Messer und verfechtete einem verbeiratenen Baumaschinen einen lebensgefährlichen Stich in den Rücken. Die Gefunungsanossen des Täters stießen mit den Füßen nach dem am Boden Liegenden. Elf Nazis wurden als Angreifer von der Polizei verhaftet und dem Gerichtsgefängnis zuegeführt.

Das englisch-französisch-italienische Abrüstungsabkommen

Die englischen Unterhändler haben den seit Jahren andauernden Flottenstreit zwischen Frankreich und Italien durch ein Dreiländerabkommen beendet. Sie sind am Montag von Paris nach London zurückgekehrt.

Vorläufig ist der genaue Inhalt des Abkommens noch nicht bekannt. Es läßt sich jedoch schon aus der Schnelligkeit, mit der die endgültige Einigung erzielt werden konnte, schließen, daß an den ursprünglichen Ziffern keine einschneidenden Veränderungen vorgenommen worden sind. Frankreich wird sich also mit einer Flotte von 630 000 bis 640 000 Tonnen, Italien mit einer Flotte von 480 000 bis 500 000 Tonnen begnügen. Beide Länder haben sich gegenüber ihren noch auf der Londoner Konferenz vertretenen Forderungen beträchtliche Abstriche gefallen lassen, und haben das Wettstreiten bis zum Jahre 1936 eingestellt.

Die englische Arbeiterregierung, die schon vor Jahresfrist die für unmöglich gehaltene Einigung mit Amerika erzielen konnte, ist es jetzt also auch gelungen, die beiden „lateinischen Schwesterkationen“ zur Abrüstung zu bringen, wobei allerdings die innere Bedeutung dieser Abrüstungen noch zu untersuchen ist.

Wenn auch einige überpatriotische Blätter in Paris gegen das Abkommen Sturm laufen, weil Brand darin angeblich wieder einmal die „nationalen Interessen“ verraten haben soll, so zeigt sich doch die Mehrzahl der Pariser Blätter aus höchste Befriedigung. Im bürgerlichen Lager Frankreichs haßt man allerdings daher, daß England auf der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes bedingungslos die übrigen Abrüstungsforderungen Frankreichs unterstützen werde, obwohl diese Behauptung von englischer Seite aus das entschiedenste Widerwiderspruch wird. Die Entscheidung hierüber berührt vor allem Deutschland.

Paris, 2. März. Der französische Ministerrat hat das Flottenabkommen mit Großbritannien und Italien gebilligt.

Straßburger Kommunistenkongreß verboten

Die eifässigen Kommunisten wollten am Sonntag in Straßburg gegen den französischen Imperialismus und für ein unabhängiges bolschewistisches Elsas demonstrieren. Die Polizei untersagte jedoch den Kongreß und verhaftete einige hundert Kommunisten, die das Verbot zu übertreten suchten. Eine improvisierte Versammlung in einem Straßburger Vorort wurde ebenfalls von der Polizei geschnitten. Mehrere deutsche Kommunisten wurden auf der Rheinbrücke angehalten und zurückgeschickt. Auch der Berliner kommunistische Abgeordnete Klein, der in vornehmer Luxuslimousine vorüber, wurde wieder heimgeschickt, obwohl er einen routinierten Paß für eine Reise nach der Riviera hatte.

Uebliche Selbstbezüglichungen in Sowjetrußland

Die Angeklagten im Menschewitzprozess bekennen sich „schuldig“

Im Prozeß gegen die Mitglieder des Union-Büros des Zentralkomitees der Menschewisten haben, wie die Telegrammen-Agentur der Sowjet-Union meldet, nach mehrstündiger Beratung der Anklageschrift alle Angeklagten auf die Frage des Vorsitzenden, sämtliche erhobenen Beschuldigungen anerkannt.

Mosleys Theatercoup

„Die neue Partei“ in England

London, 2. März. (Eig. Bericht.) Sir Oswald Mosleys hat nunmehr seinen Austritt aus der Labour-Partei vollzogen und hat sich als selbständiges Mitglied gemacht. Da er nicht der Führer der Labour-Partei sein konnte, hat dieser vom Chancel geleitete politische Einspänner und Draufgänger seine eigene Partei „Die neue Partei“ gegründet. Mit nicht weniger als 400 Kandidaten will Mosley in den nächsten Wahlkampf ziehen. Da er einer der reichsten Leute Englands ist, so fehlt ihm zu diesem Rennen auch das nötige Geld nicht. Es fehlt ihm ebensowenig an Versprechungen. Für die englische Arbeiterbewegung kann das Ausscheiden Mosleys und seiner Anhänger nur nützlich sein, denn es befreit die Labour-Partei von konfusem Elementen, die niemals festen Fuß gefaßt hatten und ihr in den letzten Monaten wie ein Bleigewicht am Körper hingen. Mosley wird in den nächsten Monaten von den konservativen Schutzkünstlern und Zeitungskönigen wie ein Schorschkind verhäßelt. Und wenn eines Tages diese Erzschwarzmaier zu Mosley kommen werden gleich Eugenbergs zu Hitler, so wird es unangelehrt Mosley sein, der in den Armen von Beaverbrook und Notermere landen und enden wird.

Ermittlungsverfahren gegen Seidte und Düsterberg

CPH, Halle, 2. März. Der Generalstaatsanwalt in Berlin hat, wie oben bekannt wird, gegen die Bundesführer des Stahlhelms, Seidte und Düsterberg, auf Grund des § 5 Abs. 1 des Republiklichungsgesetzes in Verbindung mit § 20 des Reichspressengesetzes wegen des Auftrufes in der Stahlhelm-Zeitung Nr. 2 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der am 18. Januar erlassene Aufruf war die Einladung zum Volksbegehren.

Großer Fehlbetrag im indischen Staatshaushalt

Der Staatshaushalt weist trotz der Verminderung der militärischen Ausgaben in den übrigen Budgets einen Fehlbetrag von 10,88 Millionen Pfund Sterling auf, der durch neue Steuern gedeckt werden soll.

Reichsminister an Bundeskanzler Dr. Enders

Reichsminister Dr. Brüning hat an Bundeskanzler Dr. Enders ein Schreiben gerichtet, indem er bedauert, wegen der innerpolitischen Lage in Deutschland augenblicklich nicht nach Wien reisen können. Dr. Curtius übernimmt die Vertretung Deutschlands.

Reichsminister Schiele an Graf Kaldreuth

Reichsminister Dr. Schiele richtete ein Schreiben an Graf Kaldreuth, worin er, wie schon einmal im „Interesse der Agrarpolitik“ die Mitarbeit der Deutschnationalen im Reichstag forderte.

Milchpreisabstichlag

Ludwigsbafen, 28. Febr. Die Ludwigsbafener Milchhändler geben bekannt, daß ab Montag das Liter nur noch 30 Pf. kostet. Die Ermäßigung wurde durch Rückgang des Einkaufspreises möglich.

Kulturdebatte im Reichstag

Berlin, 2. März. (Eig. Draht.)

Am Montag fand im Reichstag die Kulturpolitik zur Beratung. Hansbalt des Reichsministeriums des Innern

Die Aussprache ging in sachlichen und sehr kultivierten Formen vor sich.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Schreiber wandte sich im wesentlichen gegen die Politik der Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Weder eine nationalsozialistische Inturrektion, noch eine bolschewistische Revolution könne Deutschland dienen. Die „nationale Opposition“ solle nicht vergessen, daß sie selbst im Reichstag Teilnehmend mit den Kommunisten getrieben habe. Das Zentrum sei nicht in einem Bunde mit dem Marxismus. Es sei aber nicht gleichgültig, ob die Millionen Arbeiter hinter der Sozialdemokratie im Staate verantwortlich mitwirkten oder nicht. Zur Kulturpolitik meinte Schreiber, man müsse sich gegen die russische Inflation auf kulturellem Gebiet wehren.

Abg. Schreck (Soz.)

den die Kommunisten als Religions-Sozialisten begrüßten, sprach für die Sozialdemokratie. Sie riefen ihm zu: „Dem fehlt nur noch der Selbstmord!“ Schreck fertigte die gedankenlosen kommunistischen Schreier rauh ab und mußte nach wenigen Sätzen das Haus für seine Darlegungen zu verlassen. Er ging davon aus, daß die Sozialdemokratie Politik treibe nach dem Geiste der vorhandenen Möglichkeiten unter Berücksichtigung aller Sachverhalte. Nur so könne man sich von politischen Irrsinn fernhalten und allmählich dafür sorgen, daß unser Volk nicht Idioten und Halbidioten zu Volksverletern mache. Die Kommunisten täten ja nur so, als ob sie von Politik und Wirtschaft etwas verstünden.

Die sozialdemokratische Führung

insbesondere in Preußen, habe ein Kraftzentrum im Innern Deutschlands geschaffen und Deutschlands Ansehen im Auslande gehoben. Schreck ging mit Recht bis auf Laßalle zurück, um zu zeigen, daß die jetzige Staats- und Kulturpolitik der Sozialdemokratie tief in unierer Geschichte verwurzelt ist. Er wandte sich dann gegen die Unzulänglichkeit im Rundfunk.

Warum soll der Rundfunkträger nicht die Meinung des anders Denkenden ertragen? Dem Gegner des Kulturbolschewismus gab Schreck zu bedenken, daß dieser nicht zuletzt aus der Verleugnung in der bürgerlichen Welt erwachse. In diesem Zusammenhang rief Schreck die Kirche wegen ihrer Intoleranz zur Ordnung. Es sei schlimm, wenn man anders Denkenden wegen der politischen Ueberzeugung die Sakramente verweigere. Hier machten die Kommunisten eine Menge von rohen Zwischenrufen. Sie schwiegen aber sofort, als Schreck ihnen zurief: „Ach, wenn die KPD in den Dörfern spricht, merkt man nichts von ihrer Religionsfeindschaft!“ Der Höhepunkt der Rede Schrecks war seine

ihre Kritik an dem Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“.

Er könne den Gedanken nicht los werden, daß die Filmprüfungs-Kammer auf besondere Weise zusammengesetzt worden sei. Auch sei verdächtig, daß man diesmal die Presse nicht ausgelassen habe. Das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ sei eine Verbeugung vor der Hölle, vor dem Terror und vor den Kriegshelden.

Nichts habe uns im Auslande so geschadet, wie dieses Verbot. Einen Unteroffizier Himmelsstabs habe es in allen Heeren gegeben. Wo der Film im Auslande gelaufen sei, habe er nicht gegen, sondern für Deutschland und dessen Heer Stimmung gemacht. Wer wolle sich über die jungen Rekruten entrichten, wenn diese im ersten Feuer die Kerzen verloren hätten. Selbst hinter der Front gäbe es noch Menschen, der nicht immer seine Kerzen in der Hand gehabt habe.

Schred beendete dann

die sozialdemokratischen Anträge,

die übrigens die einzigen im Reichstag gestellten positiven Anträge sind und die einzige Möglichkeit beweißen, den Remarquefilm und ähnliche Kulturfilme für die Aufführung zu retten. Hoffen auch auf die bürgerlichen Parteien Eindruck gemacht hat! Einweisen lehnten es, daß für die sozialdemokratischen Anträge nicht nur die Kommunisten, sondern auch vereinzelte bürgerliche Gruppen stimmten werden. Jedenfalls zeigt die Sozialdemokratie, daß sie

nicht auf platonische, wirkungslose Demonstrationen sich beschränkt

wie die Kommunisten, sondern daß sie in der Tat dem Verbot des Remarquefilms wirksam entgegenzutreten entschlossen ist.

Der Volkspartei von Kardorf nahm sich die ausserparteilichen Deutschnationalen und Nationalsozialisten vor. Er wies an einer Rede des Nationalsozialisten Frank II nach, was sich die Nazi in einer einzigen Rede an Fieseleien und Verleumdungen geleistet haben. Präsident Ebb habe diesen Frank II nicht zur Ordnung gerufen, weil Ebb ein kinderliebender Mann sei und mit politischen Kindern Rücksicht übe. Wie viel strenger sei das Präsidium vor Jahrzehnten gewesen! Damals sei bei der erregten Volksbegeisterung im Jahre 1902 Bebel schon zur Ordnung gerufen worden, weil er gelang habe, eine Bemerkung des Staatssekretärs Hofmann sei unpassend oder weil er dem Abg. Denl wahrheitsgemäß ausgerufen habe, dieser habe eine Stellung genommen. Kardorf laute, es sei kaum zu erwarten gewesen, die Nationalsozialisten in einer gewissen Nähe um sich zu haben. Der größte volksparteiliche Abg. Rahl habe es nicht mehr ausgehalten, gegen die nationalsozialistischen Künkel in der Dreidlinie zu stehen. Es müsse verlangt werden, daß in Zukunft der Präsident jeden, der einen Parlamentenstößen beleidigt, mindestens 30 Tage ausschließe. Kardorf forderte dann die Berufung des Wahlalters und eine erste Kammer.

Der Wirtschaftsparteiler Besold neigte in seiner Rede dazu, die sozialdemokratischen Filmprojekte anzunehmen.

Dagegen wandte sich der Christlich-Soziale Mumm sehr scharf gegen die sozialdemokratische Filmpolitik und feierte das Verbot des Remarquefilms als eine nationale Tat. Der größte Teil seiner Rede bestand in Anaristien auf die kommunistische Kulturpolitik. Die Kommunisten unterführten ihn durch einen Haufen von religionsfeindlichen Zwischenrufen, die zweifellos für Herrn Mumm und die Kirche ein wertvolles Katationsmaterial sein werden.

Dienstag Fortsetzung der Beratung.

Besprechungen zwischen Reichsregierung und Sozialdemokratie

Fragen des Reichswirtschaftsrats und der Sozialpolitik

Berlin, 2. März. (Eig. Draht.) Die Besprechungen zwischen der Reichsregierung und der Sozialdemokratie sind am Montag fortgesetzt worden. Sie betrafen in der Hauptsache den Wehretat und sozialpolitische Fragen. Von sozialdemokratischer Seite wurde noch auf die Schwierigkeiten hingewiesen, denen die Zustimmung zum Reichswirtschafts- und im besonderen für die erste Rate des Banzers B in der Fraktion begegnet. Der Meinungsaustrausch, der sich über mehrere Stunden erstreckte, führte einmütig noch zu keinem positiven Ergebnis. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Die Fraktion wird am Dienstag abend zu den schwerwiegendsten Problemen Stellung nehmen. Im Haushaltsausfluß wird die Beratung des Reichswirtschaftsrats voraussichtlich am Donnerstag beginnen.

Luthers Wirtschaftsvorstoß

Schachts Dolchstoß

Innerhalb vierundzwanzig Stunden haben zwei Männer zu den Fragen der Reparationsablungen und der deutschen Kreditpolitik das Wort genommen, die das Ausland als Repräsentanten der deutschen Währungs- und Goldpolitik zu betrachten gewohnt ist: der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht, der jetzt in der Eugenbergsche Blätter über den Youngplan verpaid, und sein Nachfolger Dr. Luthner, der nach der Annäherung der Reichsfinanzen ordnete und die letzte Währungsreform leitete.

Dr. Schacht hielt es wieder einmal für annehmbar, die Welt an seine Persönlichkeit und seine Fähigkeiten zu erinnern, obwohl sich seit seinem Rücktritt vom Reichsbankpräsidium geseit hat, daß die Defensivität seine Alarmrufe gerne vernimmen und entbehren kann. Ueber den neuesten Streich Schachts berichtet unser Stochholmer Mitarbeiter folgendes: Der am Montag vormittag hier eingetroffene ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht erklärte vor Vertretern der Presse, daß es an der Zeit sei, mit den Reparationsleistungen ein Ende zu machen. Auf die Frage eines schwedischen Journalisten, was Dr. Schacht tun würde, wenn er Deutschlands Diktator wäre, erklärte Schacht: „Wenn ich diktatorisch zu bestimmen hätte, so würden morgen früh 8 Uhr sämtliche Reparationsablungen eingestellt werden.“

Man muß sich darüber klar werden, was Schacht will: Den Dolchstoß gegen die deutsche Kreditpolitik, von der eine günstige wirtschaftliche Entwicklung abhängt. Schacht ist Kampfanführer Duennbergs. Mit diesen Feststellungen kann man die Äußerungen über Schacht schließen.

Einige Stunden vor Schacht hat dessen Nachfolger im Reichsbankpräsidium, Dr. Luthner, die Sorgen Deutschlands über seine Kreditpolitik auf der Weinsger Messe vor der Weltöffentlichkeit dargestellt, die tiefsten Eindruck machte. Luthner stellte fest, daß Deutschland in keiner Weise damit umgehe, privatrechtlich begründete Zahlungen oder Zahlungen an Private anzusetzen und daß auf diesen Zahlungen ebenso der Zinsen, wie Kapitaldienst für die Younganleihe, wie für die Damesanleihe geböre. Das sei das Fundament, auf dem die deutsche Kreditpolitik aufbauen müsse. Wir brauchen, so erklärte Luthner, allgemein

langfristiges und billiges Kapital,

um die luxurianten Verschuldung, die als „unsichtbare Belastung“ uns bedrückt und wie ein Aludruck lähmt, durch eine langfristige, eine langsam sich selbst tragende abzulösen, und brauchen zweitens billiges Kapital, um

die Ausfuhr zu steigern.

Welche politischen Entscheidungen nun auch gefaßt werden mögen, Deutschland wird sich immer von der Gewinnung des ehrsicheren Kaufmanns leiten lassen. Der Youngplan, auf dem in der Gegenwart die Reparationsablungen beruhen, ist ein gesamtlicher Vertrag. Er hat Verpflichtungen für Deutschland geschaffen, aber ebenso Verpflichtungen für die anderen. Ich habe am Youngplan nicht mitgearbeitet, ihn nicht unterschrieben und auch dem Saager Abkommen nicht zugestimmt. Ich hatte dazu keine Veranlassung, da ich damals Privatmann war, kein öffentliches Amt bekleidete und auch nicht dem Reichstag angehörte. So lehrt es vom Volksempfinden her notwendig ist, daß infolge der fürchterlichen Not, in der das deutsche Volk sich befindet, heute sich die Stimmungen weitestgehend gegen den Youngplan als die geltende Verbriefung unserer Reparationslasten aufhäuten, so sollte darüber nicht vergessen werden, daß der

Youngplan uns von fremder Besatzung und fremder Beaufsichtigung

wichtiger Teile unseres Staatswesens, einschließlich Reichsbank und Reichsbahn, freigegeben hat. Es ist hohe Zeit, daß etwas Neues in die Welt hineingebraut wird. Da auf Grund des Youngplans aber über ihn hinauszuwachsen, ist nicht möglich. Es kommt darauf an, daß

die starken Kapitalkräfte und Kapitalmächte der Welt sich die Hand zu gemeinsamem Handeln, zur Rettung der Völker der Kulturwelt,

reichen.

Es mag Zufall gewesen sein, daß die beiden entgegengesetzten Reden binnen vierundzwanzig Stunden, und zwar vielmehr am selben Abend gerichtet, gehalten worden sind. Notwendig war dieses Zusammentreffen, um Schacht abzuschreiben und das Vertrauen in Deutschland nicht vollends zu untergraben, was das Ende jeden Credits bedeuten würde.



Der amerikanische Ingenieur Charles A. Gill

der als einer der besten Kenner des Eisenbahnwesens gilt, ist auf der Reise nach Rußland begriffen, wo er als Chefingenieur die Eisenbahnen der Sowjets modernisieren wird.

Freistaat Baden

Statistik der badischen Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen

Das badische Statistische Landesamt hat die Ergebnisse der Wahlen vom 18. November 1930 bearbeitet und das Material der Öffentlichkeit übergeben. Die Zahl der Wahlberechtigten in Baden betrug im ganzen 1.527.372; auf je 100 Einwohner entfielen hierauf 66 Wahlberechtigte. Abgestimmt haben im ganzen 937.170 Personen oder 61,4 Prozent der Wahlberechtigten gegen 54,6 Prozent im Jahre 1926.

Für die Bezirksratswahlen 1930 wurden in den 40 Amtsbezirken insgesamt 287 Wahllochklassen für die aufgetretenen Parteien und Wählergruppen zugelassen, gegen 197 im Jahre 1926. Die höchste Zahl der Wahllochklassen erreichte der Amtsbezirk Mannheim mit 12, die niedrigste Buchen und Oberkirch mit je 3. In sämtlichen Amtsbezirken hat keine Partei eigene Wahllochklassen aufgestellt. Für die Bezirksratswahlen wurden im ganzen 885.265 gültige Stimmen abgegeben; ungültig waren 71.905 Stimmen, d. h. 7,7 Prozent. Der Grund für die verhältnismäßig große Zahl ungültiger Stimmen (Reichstagswahl nur 1,2 Proz.) ist darin zu suchen, daß viele Wähler sich wohl für die Gemeindevwahl, nicht aber für die Bezirks- und Kreiswahlen interessierten und deshalb leere Stimmzettel abgaben. Vielleicht spielte auch die Unmöglichkeit des Wahlverfahrens (Ausfüllung von 3 bis 4 Stimmzetteln) bei der Stimmabgabe eine Rolle.

Von den abgegebenen 865.265 gültigen Stimmen entfallen auf die Wahllochklassen der nachstehenden Parteien:

Partei	Stimmzahl	v. H.
Badische Zentrumspartei	250.596	29,0
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	178.028	20,6
Sozialdemokratische Partei	161.153	18,6
Kommunistische Partei	68.351	7,9
Evangelischer Volksdienst	32.529	3,8
Deutsche Staatspartei	27.375	3,2
Reichspartei des deutschen Mittelstandes (N.D.P.)	21.402	2,5
Deutsche Volkspartei	17.050	2,0
Deutschnationale Volkspartei	13.311	1,5
Badische Bauernpartei	3.228	0,4

Küßerboden wurden auf gemeinsame und sonstige Wahllochklassen 92.942, d. h. 10,7 v. H., Stimmen abgegeben.

Hiernach ist das Zentrum aufgrund der ihm aus eigenen Listen zugefallenen 250.596 Stimmen die stärkste Partei des Landes; es folgen die Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten, Evangelischer Volksdienst usw. Das Zentrum hat in 28 Amtsbezirken, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in 9, die Sozialdemokratische Partei in 2, die kommunistische Partei in 1, die Reichspartei des deutschen Mittelstandes in 1, die Deutsche Volkspartei in 2, die Deutschnationale Volkspartei in 1, die Badische Bauernpartei in 1, die übrigen Parteien in 12 Amtsbezirken die höchste Stimmenzahl erreicht.

Für die endgültige Zusammenlegung der Bezirksräte ergibt die nachstehende Reihenfolge:

Parteien und Wählergruppen	Zahl	v. H.
Zentrumspartei	153	43,6
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	72	20,5
Sozialdemokratische Partei	55	15,7
Evangelischer Volksdienst	13	3,7
Deutsche Staatspartei	13	3,7
Kommunistische Partei	11	3,2
Deutsche Volkspartei	7	2,0
Deutschnationale Volkspartei	6	1,7
Badische Bauernpartei	5	1,4
Sonstige	11	3,1

Das Zentrum nimmt in allen Bezirksräten, mit Ausnahme von 10, die die Nationalsozialisten und Sozialdemokraten in 30 Amtsbezirken, der Evangelischer Volksdienst in 13 Amtsbezirken vertreten. Die 13 Sitze der Deutschen Staatspartei verteilen sich auf 12 Amtsbezirke (2 Sitze in Ueberlingen), die 11 der Kommunisten auf 8 (in Vörsach 2, in Mannheim 3 Sitze). Die Vertreter der Deutschen Volkspartei sind in 6 Amtsbezirken gewählt (2 Sitze in Emmendingen), die Bauernpartei hat ihre Vertreter in 4 Amtsbezirken (2 Sitze in Waldbühl). Im übrigen ist jede Partei in 10 bis 12 Amtsbezirken vertreten, als sie Sitze hat.

Die jeweils stärkste Partei ist das Zentrum in 29 Bezirksräten, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in 6 (Kehl, Müllheim, Griesheim, Seelbach und Sinshausen), die Sozialdemokratische Partei in 1 (Mannheim), die kommunistische Partei (Kehl). Von den übrigen Parteien ist ferner die absolute Mehrheit in einem Bezirksrat zugefallen. Das höchste Wahrgewicht einer Partei hat das Zentrum in Waldenbuch, wo von 6 Bezirksräten 5 dieser Partei angehören. Frauen sind in den Bezirksräten nicht vertreten.

Das Volkstumsamt für Kurzhilfen bei der Handelskammer Karlsruhe hält seine nächste Kurzhilfenprüfung am Sonntag, 19. April 1931, vormittags, ab. Es wird geprüft in den Gruppen 120, 150, 180, 200, 220 und 240 Silben Geschwindigkeit in der Minute. Die vom Prüfungsausschuß festgesetzten Richtlinien, aus denen alles Weitere ersichtlich ist, werden den sich anmeldenden Prüflingen von der Handelskammer überhandt.

Gewerkschaftliches

Textilschiedspruch im Albtal abgelehnt
 Weilingen, 2. März. In Besetzungsoberparlamenten und Konferenzen der Textilarbeiter des Albtals wurde auf die große Notlage in deren Reihen hingewiesen und der Schiedspruch als untragbar einstimmig abgelehnt.

Tarifikündigung in der chemischen Industrie Mitteldeutschlands
 Halle a. d. Saale, 28. Febr. Die Lohnsätze für die mitteldeutsche chemische Industrie (Sektion V B, umfassend die Gebiete der Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen) sind heute vom Arbeitgeberverband mit vierwöchentlicher Frist gekündigt worden.

Tarifikündigung in der chemischen Industrie in Hessen-Nassau
 Frankfurt a. M., 28. Febr. Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Frankfurt hat den Gewerkschaften zum 31. März d. h. den Lohnsatz für die Provinz Hessen-Nassau und dem Freistaat Hessen mit dem Ziele einer Lohnsenkung gekündigt. Der gekündigte Lohnsatz läuft seit dem Frühjahr 1929 und war zunächst bis September 1930 abgeschlossen worden.

Lohnabbau bei der Straßenbahn
 Stuttgart, 28. Febr. Für die Arbeiter der Straßenbahn wurde am 28. Februar ein Schiedspruch gefällt, der eine Lohnkürzung von 3 Prozent für die Arbeiter im Bahnbau eine solche von 6 Prozent vorseht.

Stillegung der Zeche Oberhausen
 Oberhausen, 3. März. (Zündstein). Die Direktion der Gutehoffnungshütte hat beantragt, die Zeche Oberhausen einschließlich der dortigen Belegschaft und abtrotzte andere Unternehmen zum 31. März d. h. 36. März zu stilllegen. Von der Stilllegung werden insgesamt 100 Arbeiter und 140 Angestellte betroffen. Die Verwaltung hofft, bei gleicher Abgabe von dem durch die Stilllegung eines Teils ihrer Betriebe arbeitslos werdenden Personal etwa 600 Arbeiter auf anderen Zechen beschäftigen zu können.

Die Versammlungswelle

Deutschlands Arbeiterchaft ist nicht geneigt, Deutschland zum Tummelplatz hakenkreuzerischer Exzesse werden zu lassen. Die Versammlungswelle der SPD, ist in der 3. Februarwoche nicht nur fortgesetzt, sondern noch gesteigert worden.

Im Bezirk Dachsen wurde in der 3. Februarwoche die 350. Versammlung dieses Jahres abgehalten. Über 50.000 Teilnehmer wies allein die Reichsbannerveranstaltungen dieses einen Bezirks am 22. Februar auf! Selbst in der reaktionären Hochburg Pommern gab es in einer Woche 14 öffentliche Versammlungen und Filmvorführungen mit mehreren Tausend Besuchern. Noch stärker war die Versammlungswelle im Bezirk Mecklenburg-Vorpommern mit 31 Versammlungen der SPD und 7000 Besuchern. In einem einzelnen Monat gewann der Ortsverein Lübeck 167 neue Mitglieder! Der Bezirk Schleswig-Holstein brachte es auf 36 eigene neben dem Besuch zahlreicher nationalsozialistischer Versammlungen.

Im Bezirk Berlin waren es außer der riesigen Veranstaltung im Volkspark 12 zentrale, Kreis- und Abteilungsversammlungen neben 4 öffentlichen Frauenveranstaltungen mit insgesamt rund 80.000 Besuchern. — Der Bezirk Brandenburg kann stolz 74 öffentliche Versammlungen mit vielen Tausenden Teilnehmern aufweisen. — „Rasi“-Türken nah 57 öffentliche teilweise stark überfüllte Kundgebungen mit vorwärtlichem Verlauf.

Der Bezirk Magdeburg-Anhalt kann von 47 Veranstaltungen mit 9000 Besuchern berichten, wozu noch 6 Kabarettabende der „Roten Spieltheater“ mit ihrer antisozialistischen Revue „Adolf der Fittler“ kommen. Nicht minder tätig war der Bezirk Halle, der 42 öffentliche Versammlungen melden kann. Im Bereich des Bezirks Thüringen einhelliglich Spitze konnten 66 erfolgreiche Kundgebungen mit 12.000 Besuchern gebucht werden.

Auch aus Hessen kommen erfreuliche Meldungen. So hat allein der Bezirk Hessen-Rheingau 31 öffentliche Versammlungen, 8 Bildungsveranstaltungen und 8 Filmveranstaltungen mit 8000 Besuchern veranstaltet. Zahlreiche Neuzugänge und die Gründung 3 neuer Ortsgruppen waren der Erfolg. Der Bezirk Hessen-Nassau meldet

31 öffentliche Versammlungen, Hessen-Ostkreis 18 mit fast 10.000 Besuchern.

Trotz der Kältezeit brachte es der Bezirk Obere Rheinprovinz auf größtenteils glänzend verlaufene Versammlungen. Neben 22 Reichsbannerveranstaltungen gab es im Bezirk Baden noch 18 Versammlungen der Sozialdemokratie, nachdem vor kurzem erst große Kundgebungen stattgefunden hatten.

Der Bezirk Württemberg kann 35 auf gelungene Versammlungen mit mehreren Tausend Besuchern melden. — Allein in 2 Tagen der Bezirk Franken ebenso 25 erfolgreiche Veranstaltungen. — Selbst in dem schwierigen Gebiet des Bezirks Oberhessen gab es zwei sehr gut besuchte Bezirkskonferenzen, 15 Versammlungen und mehr als 30 von der Sozialdemokratie unterstützte Kundgebungen! Allein in der Bezirkswoche wurden 2 neue Ortsgruppen gebildet.

In Sachsen wird mit aller Kraft weitergearbeitet. Der Bezirk Anhalt führte 5 öffentliche Erwerbslosenversammlungen durch, die trotz gewalttätiger Spruchungsverläufe erfolgreich beendet wurden. Daneben gab es noch 6 öffentliche Versammlungen und 13 Filmvorführungen. — Im Bezirk Chemnitz fanden 53 teilweise wegen Ueberfüllung politisch geschlossen, glänzend verlaufene Versammlungen statt. — Der Bezirk Leipzig meldete 5 überaus gut besuchte Versammlungen. Trotz Erhebung eines Eintrittsgeldes mußte der Bezirk Ostpreußen ohne den Unterbezirk Bittau etwa 40.000 Besucher in 32 Veranstaltungen! Der Bezirk Schlesien stieß in 29 Versammlungen, von herrlicher Kampfstimmung erfüllt, bis in die kleinsten Orte vor. Allein der Unterbezirk Glogau-Grünberg erreichte in dieser Woche seit dem 15. Oktober seine 150. Versammlung! Zahlreiche neue Neuzugänge und Abonnenten konnten verbucht werden. — Bemerkenswert ist der Angriffsgedanke unserer Genossen im Bezirk Mitteldeutschland, die in 50 Versammlungen mit fast 17.000 Besuchern den Kampf führten!

Die Parole Otto Wels: „Wo bleibt der zweite Mann?“ hat geändert! Machtvoll wird der Angriff unter der Parole: Für Sozialismus! Gegen Faschismus! in die Stellung des Gegners gezogen. Die Versammlungswelle wird stärker und stärker!

Aus aller Welt

Einschränkung der Einwanderung in den Vereinigten Staaten

Washington, 2. März. Das Repräsentantenhaus hat die Regierungsvorlage angenommen, die die Einwanderung für die Dauer von zwei Jahren auf 10 Prozent der gegenwärtig zugelassenen Kontingente beschränkt.

Dementi der Giftgasmeldungen

Brüssel, 2. März. Die Belgische Telegraphenagentur erklärt, daß nach Mitteilungen aus zuverlässiger Quelle die am 28. Februar von der Presse Belgien gebrachte Nachricht über das Auftreten von Giftgas in den Gemeinden Tilleur und Sclayn jeder Begründung entbehrt.

Auto spurlos verschwunden

Der Stuttgarter Albert Reinhard mietete am 30. d. Mts. in Bregenz ein Auto für eine Fahrt nach Stuttgart. Das Auto, das von einem Chauffeur Schwenninger geführt wurde, ist seither verschwunden. Es handelt sich um einen Steinwagen Typ 12, von blauer Farbe mit schwarzem Aufstrich. Man befürchtet ein Verbrechen, da sich herausgestellt hat, daß Reinhard bereits wegen Hochhandeln und Betrügertaten von deutschen und österreichischen Behörden gesucht wurde.

„Miß Holland“ schwänzt die Schule

Vor mehreren Wochen wurde die 15jährige Marie von Peltewald, Schülerin eines hiesigen Anstalts, auf einem nähezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit vollzogenen Schönheitswettbewerb zur „Miß Holland“ gewählt. Obwohl die neue „Miß Holland“ in Paris beim Wettbewerb um den „Miß Europa“-Titel schlecht abgeschnitten hat, beabsichtigt sie, auch noch in Amerika an dem Wettbewerb um den Titel der „Miß World“ teilzunehmen. Bei ihrer Rückkehr wird der neuen Königin allerdings kein allzu großartiger Empfang bereitet werden. Anlässlich hat nämlich die Schulverwaltung in Uebereinstimmung mit dem Magistrat von Amsterdam beschlossen, ihr wegen unrechtmäßigen Fernbleibens vom Unterricht den weiteren Besuch der Schule unterzujagen. Dieses strenge Vorgehen läßt die Mahnung berechnigt erscheinen: „Leb mit der Schulfestigkeit nicht in Zwist, selbst wenn du Schönheitskönigin bist!“

Anfrage gegen Urakoff

Nach 6jährigen Ermittlungen hat sich die Staatsanwaltschaft 1. Berlin, wie der Mittagszeitung zu melden weiß, entschlossen, gegen den hiesigen Kaufmann und Apotheker Alexander Urakoff (mit seinem richtigen Namen Masjanski) Anfrage zu erheben. Es geht um die Betrügereien Urakoffs, die im Zusammenhang mit der Raiffeisenbank bekannt geworden und in einem Untersuchungsausschuß des Parlaments behandelt worden sind.

Neuschnee im Allgäu

Remten (Allgäu), 2. März. Seit gestern schneit es im Tal und in den Bergen mit kurzen Unterbrechungen. Die Neuschneedecke beträgt im Tal bereits bis zu einem halben Meter. Von den hohen Lagen werden ein bis anderthalb Meter Neuschnee gemeldet. Die staatlichen Kraftpostlinien haben den Betrieb wieder einstellen müssen.

Tunnelarbeiter von einer Lawine verschüttet

Domodossola, 2. März. Im Formosa-Tal ist vom Valsoldino-Berg eine gewaltige Lawine niedergegangen, die sechs bei einem Tunnelbau beschäftigte Arbeiter verschüttete. Einzelheiten fehlen noch, da die Telefonverbindungen unterbrochen sind.

Keine Politisierung der Tübinger Universität

Eine Hakenkreuzniederlage

In der Tübinger Universität bemüht sich die Nationalsozialisten schon seit langem um die Politisierung der Organe der studentischen Selbstverwaltung auf dem Wege einer Währungs des Wahlrechts zum 1. März (Allgemeiner Studentenauswahl). Zur Vorbereitung der endgültigen Entscheidung hatten sie über die kleine konservativ-liberale Universitätsschaft ein Zentralkomitee von Hakenkreuzparlamenten mit den größten Kanonen ihrer Bewegung losgelassen. Um so schmerzlicher wird sie die nun erlittene Niederlage berühren. Die Entscheidung fiel in einer allgemeinen Studenterversammlung, die von etwa 1100 immatrikulierten Söhnen besucht war. Obwohl der nationalsozialistische Wortführer die größten Anstrengungen machte, um den Studenten seinen Antrag auf Politisierung des Wahlrechts durchzusetzen, wurde er mit 611 gegen 438 Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt. Es bleibt also bei dem bisherigen Wahlrecht, nachdem die Verbindungen und die Hochschulen den stärksten Einfluß auf die Zusammenlegung des studentischen Selbstverwaltungsorgans haben.

Mutter mit drei Kindern gasvergiftet aufgefunden

Bonn, 2. März. Die 30jährige Ehefrau des Versicherungsagenten Benzberger wurde heute früh mit ihren drei Kindern im Alter von 8, 5 und 4 Jahren im Bett tot aufgefunden. Der Ehemann gab nach Lebenszeichen von sich und konnte später ins Leben zurückgerufen werden. Man hatte die Beiden in die Küche gestellt und den Gasbrenner angezündet. Die Ursache der entsetzlichen Familienkatastrophe ist noch nicht geklärt.

Theaterbrand in Mexiko

Mexiko, 2. März. Ein Brand, der in der Nacht zum Montag am Mittwoch in einem uraltigen Theatergebäude ausbrach, zerstört, während in der furchtbaren Panik, die unter den Zuschauern entstand, 20 Personen schwer verletzt wurden.

Luftmord an einer Sechsjährigen

CHB, Birmasens, 2. März. Die seit etwa zehn Tagen vermisste 6 Jahre alte Schülerin C. e. l. aus Birmasens wurde heute von Spatzengängern in einem benachbarten Walde als Leiche aufgefunden. Es ist bereits fest, daß das Kind einem Luftmord zum Opfer gefallen ist. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Auto fährt in eine Gruppe Schulkinder

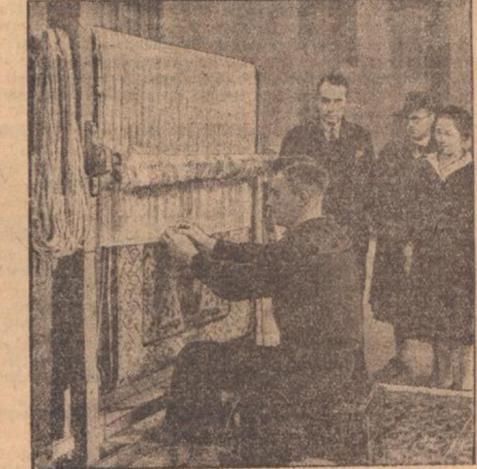
Wachen, 2. März. Ein von einer 22jährigen Dame gesteuerter Personenzug fuhr heute in der Mittagsstunde auf den Bürgersteig und in eine Gruppe Schulkinder hinein, die gerade an einem Wegesrande warteten. Hierbei wurden vier Kinder zum Teil schwer verletzt. Das Schaulaufen des Lebens wurde gerettet, die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Kriegsschiff auf Abzahlung zu verkaufen

Vom amerikanischen Marineamt wird in Ausführung des auf der Londoner Flottenkonferenz getroffenen Abkommens ein 21 Jahre altes Kriegsschiff zum Verkauf auf Abzahlung angeboten.

Schneesturm in Dänemark

Kopenhagen, 2. März. Während des ganzen gestrigen Tages und der vergangenen Nacht wüthete in Dänemark ein heftiger Schneesturm. Der Bahnverkehr nach Deutschland konnte nur mit mehrfachen Verspätungen aufrecht erhalten werden. Zahlreiche Eisenbahnzüge blieben im Schnee stecken.



Pommersche Fischer als Teppichweber.

Ein pommerscher Fischer setzt in der Ausstellung eines Berliner Warenhauses seine Kunst. Seit vielen Jahrhunderten betreiben pommersche Fischer und Fischerfrauen im Winter, wenn der Fang zeitweise ruht, die Teppichwebererei. In ihren eigenartig gehaltenen Webstühlen weben Lubminer und Frankfurter Fischer in ihre Teppiche aus echt geräucherter Wolle und Baumwolle uralte Ornamente, die noch aus heidnicher Zeiten- und christlicher Frömmigkeit stammen.

Partei-Nachrichten

Antifaschistische Kundgebung im badischen Oberland
Die Kreisliga in Mittelbaden, fanden am Samstag und Sonntag in der Freiburger Gegend, sowie im Rhein- und Weiental eine Anzahl Versammlungen gegen die nationalsozialistische Gewalt statt. Es sprachen der Reichstagsabgeordnete Geier-Deffau (sein neunjähriger Vater war bei Lörch geboren), die Landtagsabgeordneten Dürr, Graf, Großhans, Heid, Markloff, Kuhnbaum, Reinhold, Rösch, Wehner und Weismann, sowie Horrer Kappes aus Karlsruhe.

Nach in allen, übrigens meist stark besuchten Versammlungen fand Diskussion statt, wie es in dieser politisch und wirtschaftlich so kritischen Zeit ohne weiteres zu erwarten ist. Der Gesamteindruck war der, daß sich unsere Partei ganz energiegeland gegen den nationalsozialistischen Antikommunismus und die verräterische Ede hat sie sich auch abbauend noch gegen die kommunistische Demagogie zu verteidigen.

Niedelsheim. Der Sozialdemokratische Verein Niedelsheim hielt kürzlich seine Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende gab einen kurzen Geschäftsbericht. Es wurde ihm von den Mitgliedern für seine Tätigkeit im vergangenen Jahr Dank ausgesprochen. Als 1. Vorsitzender wurde Genosse Albert Göbelbecker einstimmig gewählt; als 2. Vorst. Gen. Gustav Lacroix, als Kassier Gen. Karl Seith, als Schriftführer Gen. Wilh. Roth, Schmied, als Kassier Gen. Wilhelm Roth, Schmied, als Kassier Gen. Friedrich Roth, Zimmermann. Der neugewählte 1. Vorsitzende Göbelbecker appellierte an die Genossen, auch ihm Vertrauen zu schenken, und über Genosse möge dazu beitragen und damit unsere Gesamtpartei zu stärken.

Hohenwettersbach, Samstag, 21. Februar. fand die Generalversammlung der Sozialdem. Partei statt, die besser hätte heißen sollen. Der Vorsitzende gab die Tagesordnung bekannt und erteilte den Beschlüssen der Partei auf dem letzten Parteitag. Nach diesem ist im vergangenen Jahr eine umfangreiche Arbeit geleistet worden. Bei der Reichstags- und Gemeindevahl hat die Partei sehr gut abgeschnitten. Zwei Bildungs- und ein Wirtschaftsausschuss fanden statt, sowie zwei Werbestellen, die alle recht gut besetzt waren. Die Mitgliederzahl muß noch besser werden, die Genossen wurden aufgefordert, weiter zu wirken für Partei und Volk. In nächster Zeit einen kleinen Ausschuss über die Wirtschaft Hohenwettersbachs bilden. Auch hier soll die Partei die Arbeit der zweiten Mann? Auch die Parteimitglieder im Wirtschaftsausschuss sind zu ermahnen. Die Wirtschaftsausschüsse sind zu ermahnen, in dem sie die wirtschaftliche Lage ins Auge zu fassen und die Arbeit der Partei zu unterstützen. Bei der nächsten Wahl wurde die ganze Verwaltung einstimmig wiedergewählt. Für den neugewählten Gen. Wölflinger wird ein Komitee gebildet. — Den Fraktionsbericht erteilte Gen. Wagner, wobei verschiedene gemeindevollige Fragen erörtert wurden. U. a. wird infolge Zunahme der Schülerzahlen von Eltern ein dritter Lehrer notwendig. Als Schulsaal wird der Birkensaal herangezogen. Der Bau eines Schulhauses ist daher nicht notwendig, weil nach 6 Jahren die Schülerzahl wieder sinkt. Die Eingemeinderfrage der abgedornten Gemertung nahm längere Zeit in Anspruch. Die Stellungnahme des Gemeinderats zu dem neuen Verwaltungsvertrag wurde gebilligt, doch wird der Bürgerausschuss das letzte Wort zu dem Baron Schillingen'schen Antrag mit seinen 30jährigen Reparationsabnahmen noch zu sprechen haben. Unter Punkt 10 verschiedenes wurde noch einige interne Angelegenheiten behandelt und dann die Versammlung vom Gen. Seith geschlossen.

Wöllingen, Sonntag, 1. März. fand im Volkshaus zur Krone ein Bildungsvortrag über das Invalidenversicherungsgesetz statt. Genosse Seith (Karlsruhe) vertrat es vorzüglich, sich immer Mühe zu tun, die Notwendigkeit der Beiträge nachzuweisen, wobei der starke Beifall, den Genosse Seith nach seinen Ausführungen erzielte. Noch mehr kam die Notwendigkeit der Versicherung zum Ausdruck bei der Diskussion. Auch hier vertrat es Gen. Seith, über alle Anfragen sachliche Antworten zu geben. Der Vorsitzende bedauerte, daß bei einer so großen Arbeiterschaft am Ort der außerordentlich wichtige Vortrag nicht besser besucht war. Außerdem gab er bekannt, daß in nächster Zeit ein weiterer Vortrag stattfinden soll über das Unfallversicherungsgesetz, wobei er hoffte, daß der Besuch ein besserer ist. Am Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, den Parteiverein zu stärken durch Eintritt in denselben.

Leinheim, im vollbesetzten Saal der Goldenen Rose sprach am Samstag, 28. Februar, in einer von der hiesigen Ortsgruppe der SPD. einberufenen öffentlichen Versammlung Genosse Adolf Häfner, stellvertretender Direktor des Arbeitsamts Karlsruhe, über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Die überaus klare Auslegung des Gesetzes wurde von den zahlreichen Zuhörern, die der Rede mit großem Interesse folgten, sehr gut aufgenommen. Der von der Suche nach Arbeitsplätzen ausgehende Kampf gegen die Nationalsozialisten wurde in aller Klarheit dargestellt, wobei die Nationalsozialisten als die größten Feinde der Arbeiterklasse bezeichnet wurden. Die Rede wurde durch den Vortrag des Genossen Häfner sehr gut aufgenommen. Der von der Suche nach Arbeitsplätzen ausgehende Kampf gegen die Nationalsozialisten wurde in aller Klarheit dargestellt, wobei die Nationalsozialisten als die größten Feinde der Arbeiterklasse bezeichnet wurden.

Hodrang, Donnerstag, 19. Februar, abends 9 Uhr fand die Generalversammlung der Sozialdem. Partei Hodrang statt. Gen. Seith gab einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit im vergangenen Jahr. Der vergangene Jahr war für uns ein erfolgreiches Jahr. Die Reichstagswahl sowie die Gemeindevahl hatten uns einen sehr schönen Erfolg gebracht, so daß wir großen Mut zu dem Kampf gegen die Nationalsozialisten haben. Gen. Seith gab als Kassier den Gesamtbestand der Partei bekannt, so daß wir großen Mut zu dem Kampf gegen die Nationalsozialisten haben. Gen. Seith gab als Kassier den Gesamtbestand der Partei bekannt, so daß wir großen Mut zu dem Kampf gegen die Nationalsozialisten haben.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Geburten und Beerdigungen. 28. Februar: Martha Bucher, Tochter von Ernst Bucher Karlsruh. 47 Jahre alt. Herbert Erich Bucher, 19 Tage alt. Vater Reinhold Bucher, Leiter-Verführer. Carl August Bucher, Witwer, Tagelöhner, 66 Jahre alt. 27. Februar: Luise Koch, Ehefrau von Karl Koch, Friseur, 22 Jahre alt. 26. Februar: 2 Jahre alt. Vater Friedrich Wisk, Fabr. (Hagen). Friedrich Schaal, 16 Jahre alt, ledig. Oberrealist (Hagen). Rola Bühler, 71 Jahre alt, Ehefrau von Gustav Bühler, Fabr. Auguste Söllmann, 72 Jahre alt, ledig. Weberin, Heims. Karl 4 Monate 1 Tag alt. Vater Rudolf Schuhr. — 1. März: Karl Deukler, 66 Jahre alt, Chemann, Former. Beerdigung am 2. März 15 Uhr. Frau Stemmle, 61 Jahre alt, Chemann, Tri. Beerdigung am 4. März, 14.30 Uhr. — 2. März: Lore, 2 Jahre alt, Vater Hugo Seemann, Fasser (Gleimbödingen).

Aus dem Gerichtssaal

Rückfälliger Betrüger

Im Karlsruhe, 28. Febr. Wegen Rückfallbetrugs in neun, sowie Unterschlagung in zwei Fällen stand der 47 Jahre alte vorbestrafte Kaufmann Gottlieb L. aus Karlsruhe vor dem Strafgericht des Amtsgerichts (Eingekerkert Amtsgericht Karlsruh). Der Angeklagte hatte im März 1928 einen hiesigen Kaufmann unter vorläufigen Ankauf zur Herausgabe von Textilwaren im Werte von 460 Mark veranlaßt, die er verkaufte, ohne sie zu bezahlen. Am 6. September 1928 ließ er in Bruchsal ein Fahrrad, infolge des Eigentümers zurückgelassen, veräußern und es unter Verschweigen seiner Zahlungsunfähigkeit auf Kredit einer unter Verschweigen seiner Zahlungsunfähigkeit auf Kredit einer Sprechapparate für 45 Mark, den er veräußerte. In der Zeit vom 25. Juni bis 3. Juli 1928 kaufte er — ohne zu bezahlen — für 302 Mark Textilwaren, die er absetzte. Mit dem Erlös kaufte er ein Herrenfahrrad, sowie einen Sprechapparat; beides verkaufte er weiter, nachdem er geringfügige Anschaffungen geleistet hatte. In vier weiteren Fällen kaufte er in der Zeit von April bis August 1928 vier weitere Herrenräder gegen geringe Anzahlung, die er ebenfalls weiterveräußerte. Im Frühjahr und Sommer 1929 verkaufte er im Auftrage eines Kaufmanns zehn Wanduhren im Werte von 148 Mark; den Erlös behielt er für sich. Des weiteren veräußerte er eine auf Ratenszahlung von einer Einbelfinger Uhrenfabrik bezogene Wanduhr; den Erlös verbrauchte er ebenfalls für sich. Der Angeklagte bekennt sich im Sinne der Anklage schuldig. Er habe — vom Juli 1927 bis September 1928 — nicht gekümmert um ihm der Kopf steht. Die Betrügereien bezug er aus 1786 Mark. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Ueber diesen Antrag hinausgehend erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre einem Monat. Der Angeklagte, der offenbar auf eine höhere Strafe gerechnet hatte, beklagte sich und nahm die Strafe sofort an.

Betrügereien eines angeblichen Generaldirektors

Im Karlsruhe, 28. Febr. Einem gewissenlosen Betrüger ist ein hiesiger Stadtrat zum Opfer gefallen. Er lernte im Frühjahr vorigen Jahres den 42jährigen vorbestrahlten Kaufmann Karl Reichel aus Würzburg und dessen angebliche Frau kennen. A gab sich als Generaldirektor einer französisch-belgischen Plantagen-Gesellschaft aus, lud den Beamten zu Autofahrten ein und warf mit Hundertmarkscheinen um sich, so daß er bei diesem den



Schafft Aufklärung! Legt gute Artikel des Volksfreund nicht beiseite, sondern gebt sie an Freunde und Bekannte weiter. Bekämpft diese Agitation, die außer der mündlichen auch nachhaltigste ist. So wirkt man das ganze Jahr hindurch und der Erfolg bleibt sicher nicht aus.

Eindruck erweckte, einen wohlhabenden Mann vor sich zu haben. Der Betrüger ließ durchblicken, daß er ein Monatsgehalt von 2000 Mark beziehe. Dank seinem gewandten Auftreten wurden ihm diese Vorspiegelungen glaubhaft. Er erbot sich schließlich dem Schwiegereltern des Amtrats eine Stellung als Assistent bei der fraglichen Gesellschaft zu verschaffen. Mit diesem Versprechen erreichte er die Ausschüttung einer Kautionshöhe von 5000 Mark, die angeblich für die Reisekosten nach Paris und die Aufrechterhaltung des Ansehens verwendet werden sollten. Der Betrag sollte in Paris deponiert werden. In den folgenden Tagen ließ er nach Paris und Brüssel fahren, um dort die letzten Verhandlungen zu führen und die Anstellung des Schwiegerelterns zu machen. Statt nach dem Auslande, fuhr er nach Würzburg. Auch das Geld verwendete er nicht, wie versprochen, sondern für sich und seine Geschwister in Bamberg und Nürnberg. Schon Tage später kam er wieder in Karlsruhe auf, um den Betrag von 5000 Mark anzunehmen. Er machte ihm vor, sein Bruder hätte verheiratet einen größeren Geldbetrag an ihn statt nach Karlsruhe nach Brüssel geschickt. Es hielt fest, daß A. in Brüssel tatsächlich Verhandlungen wegen der Schaffung einer Plantagen-Gesellschaft angeknüpft hatte; jedoch ist es nicht zur Gründung dieser Gesellschaft gekommen. A. ist dabei selber betrogen worden und büßte 18 000 Mark ab. Einem Schriftsteller gegenüber operierte er mit den gleichen Vorspiegelungen. Insbesondere behauptete er, die Plantagen-Gesellschaft sei bereits gegründet und verhandelt es, ihn für das Unternehmen zu interessieren. Der Schriftsteller fiel auf den Schwindel herein und stellte einen Betrag von 3000 Mark als Sicherheit zur Verfügung. In weiteren Fällen suchte er Leute, die in Betrugsgeschäften teilgenommen oder gutaussehenden Unternehmen suchten, für seine imaginäre Plantagen-Gesellschaft zu interessieren, indem er ihnen Anstellungen mit 1000 Mark Monatsgehalt gegen eine Kautionshöhe von 3000 Mark versprach; diese Leute wurden nicht geschädigt, weil sie vorzeitig genug waren und dem Betrüger keinen Glauben schenkten. A. hat des weiteren zwei betragswürdigen Damen in Würzburg und Bamberg, mit denen er Beziehungen anknüpfte, die Ehe verprochen und sie dadurch zur Herausgabe größerer Geldbeträge veranlaßt. Am 17. Dezember hatte sich A. wegen fortgesetzten Betrugs vor dem Karlsruher Schöffengericht zu verantworten. Diefes sprach gegen ihn eine Gesamtstrafe von einem Jahre einem Monat aus unter Abschlag von sechs Monaten Untersuchungshaft. Auf die Verurteilung des Angeklagten hatte sich erst die große Karlsruher Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Kudmann mit dem Falle zu beschäftigen. Die Berufungskammer bestätigte das Urteil des Schöffengerichts mit der Maßgabe, daß acht Monate der erstinstanzlichen Untersuchungshaft auf die erkannte Strafe als verübt angerechnet werden.

Kommunisten vor dem Schnellrichter

Im Karlsruhe, 28. Febr. Wie erinnertlich mußten letzten Mittwoch nach zwei Uhr nachts zwei Polizeibeamte von der Goethestraße in der Kriegerstraße am „Aublen Krug“ gegen fünf Kubefürer einschreiten, die da sie sich nicht ausweisen konnten, vorläufig festgenommen werden sollten. Sie wollten der Aufforderung, den Beamten auf die Wache zu folgen, nicht nachkommen und gingen sofort zum Angriff über. Dabei erhielt einer der Beamten mit einem Gummiknüppel einen Schlag auf den Kopf, so daß er an der Schläfe eine Beule davontrug. Der andere Beamte wurde mit

einem offenen Messer angegriffen, so daß er zur Wache ins Krankenhaus gebracht wurde. Einer der Täter forderte seinen Gefolgschaft auf, den Revolver zu ziehen. Darauf gab einer der Beamten einen Schreieschuss ab. Darauf ergriffen die fünf Kubefürer in Richtung Grindwinkl die Flucht. Die Beamten verfolgten sie im Kraftwagen und konnten zwei der Täter festnehmen. Es stellte sich heraus, daß es sich um Mitglieder der kommunistischen Partei handelte, die bis zur Polizeistunde im „Weinberg“ gesockt hatten. Die drei übrigen Kommunisten, die an dem Überfall gegen die Beamten beteiligt waren, konnten am Donnerstag festgenommen werden. Die Täter — es handelt sich um fünf junge Burlesken aus Darzanden im Alter von 18 bis 27 Jahren wurden ins Bezirksgefängnis eingeliefert und hatten sich jetzt vor dem Schnellrichter beim Amtsgericht wegen Widerstands, Kubefürung, großen Unfugs und unerlaubten Waffentragens zu verantworten. Friedrich Brunner erhielt drei Wochen Gefängnis, Robert Füg sechs Wochen Gefängnis, Bernhard Dannermeier wegen Kubefürung 15 Mark Geldstrafe, Arthur Gans einen Monat Gefängnis, Hermann Höll, der im Besitz eines Gummiknüppels angetroffen wurde, erhielt drei Monate eine Woche Gefängnis. Gegen letzteren erging Haftbefehl.

Neue Schwurgerichtsauna. In der zweiten Märzwoche findet eine neue Tagung des Schwurgerichts Karlsruhe statt. Es wird u. a. gegen den Schneider August Albert Seufert aus Mannheim wegen Totschlags verhandelt. Seufert hat bekanntlich am Kirchweihfesttag in Kirzlach Amt Bruchsal den Anton Deeser nach vorausgegangenem Wortwechsel erschossen.

Bürkle-Prozess

Freiburg, 28. Febr. Am heutigen fünften Verhandlungstag des Bürkleprozesses wurde mit der Vernehmung des Prokuristen Bahn fortgefahren. Aus seinen Äußerungen über die sogenannten Lieberverträge vom März 1929 ist besonders interessant eine Mitteilung, daß er für den ersten Vertrag eine Aufstellung gemacht hatte, in der eine Unterbilanz von zwei Millionen Reichsmark angenommen wurde, und zwar Effektenverlust 700 000 M., Abschreibungen 500 000 M. und Bruttoerträge 800 000 M. Bahn wurde als Treuhänder für die Partiere von Lieber bezeugt. Der zweite Vertrag sollte der Sanierung des Bankhauses Bürkle dienen. Dabei wurde allerdings die Zuziehung eines Rechtsanwalts zu den Verhandlungen abgelehnt, damit über die privaten Abmachungen nichts nach außen dringen könnte. Im Verlaufe dieser Verhandlungen und nach dem Abschluß des Vertrages wurde Landgerichtsdirektor Dr. Mayer mitzutausch und zog sich zurück. Hinsichtlich der im Baseler Depot für Lieber hinterlegten Grundschuldbriefe ergab sich bei wiederholten Berechnungen zwischen dem Nominalwert und den faktischen Wertbriefen für Lieber eine Differenz von 440 000 M. Als man in der Bürklebank Wertpapiere ansetzt, wurde die Frage diskutiert, ob man nicht den Konkurs anmelden würde. Bahn erklärte weiter, Bürkle sei dafür geeignet, Berlin über das ganze — Bei der weiteren Vernehmung kommt es zu einem Zwischenfall, als Bahn gegen die Art der Fragestellung des Verteidigers Drischel sich wendet und bemerkt, der Fragesteller solle erst einmal älter werden, ehe er ihm, dem Zeugen, gewisse Fragen zur Beantwortung vorlege. Der Vorsitzende hat Mühe, den Verteidiger über diese Äußerung hinwegzubringen, da Dr. Drischel die Befragung des Zeugen einstellen will. — Die Vernehmung wurde durch eine Verhandlungspause unterbrochen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde sodann die Frage der Reichsbankbilanz erörtert. Hierbei erklärte der Prokurist Bahn, daß im Mai 1928 eine Reichsbilanz vorgelegt werden sollte, die aber auf Null ausfiel. Unter diesen Umständen konnte die Bilanz der Reichsbank zwecks Aufklärung der Kreditwürdigkeit nicht vorgelegt werden und Lieber wurde aufgefordert, mit 500 000 M. einzubringen, die als stille Reserve auf der Aktivseite der Reichsbankbilanz eingezahlt wurde. Auch Dritten gegenüber sollte, wenn Not am Mann ist, von dieser stillen Reserve Gebrauch gemacht werden. Diese Bilanz wurde sodann auch Kaufmann Müller, der Großgläubiger der Bank war, gezeigt. In diesem Zusammenhang soll Bürkle Bahn gegenüber geäußert haben, er bringe es nicht fertig, Müller, seinen intimsten Freund, zu betrügen. Der Kaufmann Müller, der hernach vernommen wird, hat bei Herübernahme seiner Gelder und Wertpapieren von der Gewerbebank auf die Bürklebank stets Bürkle für einen ruhigen und sachlichen Menschen gehalten. Zu Berlin habe er weniger Vertrauen gehabt, Bedenken gegen die Arbeitsmethoden der Bank seien ihm zum ersten Mal im Juli 1929 gekommen. Als Bürkle ihm aber geizig hat, daß er im ersten halben Jahr 1929 einen Gewinn von 152 000 M. gehabt hätte, habe er weiterhin familiäre Gelder auf die Bank gebracht und bei der Kontursummeldung 395 000 M. verloren.

Während der Verhandlung wurde ein Schreiben des Erblichkeits-Ordinariats vorgelesen, in dem entgegen den Angaben des Baseler Bankdirektors Schmida ausdrücklich erklärt wurde, daß das Erblichkeits-Ordinariat niemals die Bürklebank als Vertrauensbank angesehen und niemals Geschäftsverbindungen mit der Bank gehabt habe. — Die Verhandlungen wurden sodann abgebrochen und auf Montag vertagt.

D3. Freiburg, 2. März. Im Bürkleprozeß wurden am heutigen sechsten Verhandlungstage die Angaben der Bürklebank vernommen. Der Prokurist A. Seith, der jetzt kein Bankfachmann ist, hatte die Vernehmung zum Effektenverlust. Zwischen Denotanten und Sparkonten wurde kein Unterschied gemacht. Der 30 Jahre alte Kaufmann Fritz Storz spezialisierte mit Wägen der Bankleitung, wobei er 3000 Mark verlor. Noch tiefer in der Kredite sah der 30 Jahre alte verheiratete Meuchel, der nicht weniger als 50 000 RM. bei Effektenpekulationen verloren hat, die er natürlich der Konkursmasse schuldet. Der Buchhalter K. A. L. eger hat zusammen mit seinem Kollegen Dr. Zündler versucht, Ordnung in die Bankbuchhaltung zu bringen, es aber unterlassen, als er bemerkte, daß Herling und Bürkle das nicht gerne gesehen haben. Von Bürkle habe er den Eindruck, daß er keine Ahnung von der Effektenpekulation gehabt habe, und nur das ausgeübt habe, was ihm die Vorbenannten empfohlen hatten. Ueber das Reichsbankbilanzbuch konnte keiner der Zeugen Auskunft geben.

Aus der Stadt Durlach

Silberproklamation
Zu unserer Mitteilung vom 25. Februar unter obiger Ueberschrift gibt der Polizeibericht Karlsruhe folgende Darstellung: Der Vorgesang war in Wirklichkeit folgender: Am 17. Uhr — also nicht nach Eintritt der Dunkelheit — fuhr ein Diebstahlswagen mit etwa 25-30 jungen NSDAP-Mitgliedern von Karlsruhe kommend durch die Hauptstraße in Durlach. Da die Mannschaft aus einer Jugend und „Sai“ zuzufinden die Durlacher Wache in Karlsruhe postiert hatte, hielt die Durlacher Polizei den Wagen zur Feststellung der Person des verantwortlichen Führers an. Es muß dabei festgestellt werden, daß sich die Mannschaft in Durlach und insbesondere während der polizeilichen Feststellungen durchaus korrekt benahm, und daß keiner der Wageninsassen uniformiert war. Die Polizei gab infolgedessen dem Führer — es handelte sich nur um ein einziges — die Weiterfahrt nach Grünwettersbach frei.

Das Neueste vom Neuen
moderner, proletarischer Kultur am 28. März in Durlach im Blumencafé
Das politische Kabarett „Der Rote Faden“

Kleine bad. Chronik

Blutige Tragödie

23. Kitzingen, 2. März. Heute nacht gegen 3 Uhr schon der 25 Jahre alte Säugling Martin Schulte auf seine gleichaltrige Mutter Olga Schulte, die im Hofhaus zur „Blume“ in Kitzingen bedient ist und verlor sie schwer. Dann löste er sich durch einen Schuß in die Schläfe. Der Zustand des Mädchens, das ins hiesige Krankenhaus verbracht wurde, ist nicht hoffnungslos. Die Unfälle sind in anderen Umständen. Seit Monaten machten die Beiden Anstrengungen, um ihre Heirat zu ermöglichen. Da alle Versuche fehlschlagen, Arbeit für Schulte zu finden, beschloß das Paar, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Als die Mutter Schultes von der Tat ihres Sohnes erfuhr, erlitt sie eine Stimmrissenlähmung.

Brudermord

23. Kitzingen, 2. März. Erbfeindschaften zwischen den Brüdern Franz Kasper, 49 Jahre alt und Wagner von Beruf und August Kasper, 33jährig und als Maurer tätig, sowie Ludwig Kasper, seines Zeichens Schmied und 32 Jahre alt, haben gestern einen blutigen Ausbruch genommen. Die Brüder lebten wegen des Erbes ihres verstorbenen Vaters schon längere Zeit in Unfrieden. Daher kam es, daß sie bei gelegentlichem Zusammensein im Wirtshaus nur wenig miteinander sprachen, so auch gestern nachmittags im „Waldschen Hof“. Um 9 Uhr abends verließen Franz und August die Wirtschaft, um dem Ludwig auf der Straße aufzulauern. Der Wirtshausbesitzer wurde überfallen und mißhandelt, außerdem verletzte ihm August einen Meißelstich in die Halsgegend, wodurch die Schlagader getroffen wurde. Infolge Verblutung trat alsbald der Tod des Ludwig Kasper ein. Anzeiger und Totschänder wurden an der Stelle durch die Gendarmerie festgenommen und in Gewahrsam gebracht, sonst wären sie von der ersten Bewusstlosigkeit ohne weiteres getötet worden. Alle drei Brüder sind verheiratet.

Heidelberg. Vermittelt wird der zuletzt in Worms in Stellung befindliche 26 Jahre alte Metzgerlehrling Emil Meißner aus Speyerbach (Amt Heidelberg). Es wird vermutet, daß sich Meißner, der nervenleidend und schwermütig war, ein Leben ansetzen hat. Zwischen Metzgermeister und Metzgerlehrling fand man auf dem Bahndamm die Leiche eines 32 Jahre alten Straußens aus Heidelberg. Der Kopf war vom Rumpfe getrennt. Was die Unglückliche in

Räubermord in Gengenbach

74 Jahre alte Greisin erdrosselt Zwei Wanderer der Tat verdächtig

Gengenbach, 2. März. Heute mittag wurde die ledige 74 Jahre alte Franziska Schilli in ihrem Hause am Einacher Weg, das sie allein bewohnte, erdrosselt aufgefunden. Als die Ermordete heute bei ihrem Nachbar Meihu nicht zum Milchholen kam, ging dieser, da sie einmal geäußert hatte, wenn ich mal nicht komme, dann könnt ihr nach mir schauen, zu ihrem Hause. Er fand, daß die Türe aufgebro-

chen und Kasten und Schränke durchwühlt waren. Als auf sein Rufen keine Antwort erfolgte, ging Meihu ins Schlafzimmer. Nachdem die Fensterläden geöffnet waren, sah er die Schilli tot auf dem Bette liegen. Die Gendarmerie wurde sofort verständigt. Diese nahm alsbald mit dem Staatsanwalt den Tatbestand auf und jährt Wanderer, die am Samstag abend im Hause Meihu bettelten und dann auf dem Wege einen Mann austragen, mer in dem Sänschen (Schilli) wohnte. Soffentlich gelingt es bald, die ruchlose Tat aufzuklären.

den Tod getrieben hat, ist noch unbekannt. Sie war als Sekretärin bei einem Heidelberger Verein und sollte diesen Monatsferien ihren Posten aufgeben.

Mannheim. In der Nacht vom Freitag auf Samstag verjuchten sich zwei Schwestern im Alter von 21 und 22 Jahren im Rätteraler Wald durch Einnehmen von Schlafmittel das Leben zu nehmen. Sie wurden am Samstag vormittag von einem Privatauto nach dem Allgemeinen Krankenhaus gebracht. Lebensgefahr besteht nicht. Der Grund zur Tat ist in Familienstreitigkeiten zu suchen.

Gengenbach. Am Volkstrauertag fündeten die Gloden von den Kirchen die Mahnung: Vergettet die gefallenen Toten nicht. Am Abend fand in der evang. Kirche ein Trauergottesdienst statt. Eine große Gemeinde hatte sich eingefunden, um der Ehrung beizuwohnen. Herr Pfarrer Bach er hielt eine ergreifende Predigt, der das Wort zugrunde lag — Wirft solange es Tag ist; die Toten rufen und mahnen uns zum Frieden. An der Feier, die einen ersten und tiefen Eindruck hinterließ, wirkten mit Frau Konsortiumsleiterin Kreuzer, Tischer, der evang. Kirchenchor und Herr Sadenjos (Orgelspieler).

Wiesbaden. Aus Unvorsichtigkeit stürzte ein fremder Durchreisender lospfeiler in den ziemlich tiefen Mühlkanal. Auf seine Hilfe eilten zwei Männer herbei und holten ihn aus dem kalten Bade.

St. Blasien. Der bei der Siemens-Unionen befristete Arbeiter Anton Kammerer aus Eßlingen (Amt Stodach)

stürzte am Samstagvormittag im Mettma-Eichholz-Stollen tödlich ab. Er fiel etwa 16 Meter tief in den Schacht und blieb mit zerstückeltem Schädel liegen.

Von der Obstbaukultur

Aus Forchheim schreibt uns ein Landwirt: In Nr. 49 Seite 11 des Volksfreund stand ein Artikel von H. H. H. über die Obstbaukultur. Es ist zu begrüßen, daß in dieser Beziehung mehr Aufmerksamkeit gegeben wird. Über der Sach betr. die Baumkultur, die 40 Zentimeter genügen würden, ist unrichtig. Die Förderung des Obstbaues liegt einzig allein an der Düngung und Sorte nach Bodenverhältnissen; deshalb ist notwendig, daß nachgehende wird, was für ein Untergrund vorhanden ist. Das Obst ist nicht nur ein Genuss, sondern auch ein Volksnahrungsmittel geworden. Staatliche Versuchsanstalten, die Landwirte, Obstbauern, die deutsche Obstbauvereine, ferner die zahlreichen Obstbauvereine haben in den letzten Jahren große Anstrengungen gemacht, den Obstbau nach dieser Richtung hin zu fördern. Für uns auf der oberen Donau dienen diese wissenschaftlichen Forschungen zur Einführung in die Grundelemente der obstbaulichen Praxis. In der oberen Donau sind am arbeitsfähigsten Arbeiter mit nebenbei Kleinlandwirtschaft tätig. Als Landbesitzer von Karlsruhe und Baden-Baden müßten wir uns diese günstige Gelegenheit zu Nutzen machen. Es ist beifolgt, das Obst wird nach der Stadt als umgekehrt vom Sandler auf den Markt gebracht.

Haumarkt 3. 11.

Preise die Sie suchen!

Bestecke

Sehr preiswerte schöne Muster in 90 g veredelt in meinem Fachgeschäft:

- 6 Edißel von 9,40 an
- 6 Tischmesser mit rohl. brzl. Klingev. 18.- an
- 6 Esßg. 9,40
- 6 Kaffee-L. 8.- an

Kratz Waldstraße 41
gegenüber der Hofapotheke
Bekannt für Qualität und Preiswürdigkeit

Empfindliche Haut?

Die milde Reitoria-Oelselbe Nr. 210 greift die zarteste Haut nicht an. Beachten Sie die Prospekte i. d. Packung.
Fabr. Klement & Spathe, Ravensburg/Württ.

Amtliche Bekanntmachungen

Durch Ausschlußurteil des Amtsgerichts Karlsruhe vom 24. Februar 1931 wurde für kraftlos erklärt der Brief über die im Grundbuch zu Blankenloch Band 21 Febr 9 Abt. III Nr. 4 und 5 auf Gdb. Nr. 1719, 1720, 4407, 4699, 4700, 3792, 3793, 2157, 72, 3794, 5904 und 135 an Gunsten der Rheinischen Hypothekendarlehenbank in Mannheim und zu Lasten des Landwirts Johann Adam Watterbein in Blankenloch am 3. Juni 1924 eingetragene Hypothek im Betrage von 180 Gamma Feingold, Karlsruhe, den 24. Februar 1931. Bd. Amtsgericht B. L. 574

Handelsregister-Einträge

1. „Fischer und Bender“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Vertretungsbevollmächtigten des Geschäftsführers Hans Fischer in Baden, 24. II. 31.
2. Stahler & Bender, Aktiengesellschaft, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 27. II. 31.
3. „Epa“ Einbeitspreis-Aktiengesellschaft Aktiela Karlsruhe, Hauptort Dambura. Der Sitz der Gesellschaft ist von Dambura nach Berlin verlegt. Gemäß dem bereits durchgeführten Beschluß der Generalversammlung vom 8. Januar 1931 ist das Grundkapital von 24000000 Reichsmark erhöht worden und beträgt jetzt 30000000 RM. Die Kapitalerhöhung erfolgt durch Ausgabe von 24000 auf den 1. Februar laufende Aktien über je 1000 RM. zum Nennwert. Durch den gleichen Beschluß ist der Gesellschaftsvertrag in den §§ 1 (Sitz), 10 Abs. 3 (Genehmigungsbedürftige Geschäfte des Vorstands), 16 (Ort der Generalversammlung), 20 (Abstimmung in der Generalversammlung) und 6 (Grundkapital) geändert. 28. II. 31. 576
4. Sophie Wolf-Vorklous, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Kaufmann Julius Wolf Ehefrau Sophie geb. Vorklous, Karlsruhe. Prokura: Julius Wolf, Kaufmann, Karlsruhe. (Berichtigung von Damenbekleidung, Stefanienstraße 76.) 25. II. 31. Amtsgericht Karlsruhe. 576

Güterrechtsregister-Einträge

1. Zu Band II Seite 55: Schmidt Eugen, Kaufmann, Karlsruhe, und Elisabeth geb. Wulger, Vertrag vom 12. Febr. 1931. Gütertrennung. 23. II. 31.
2. Seite 56: Gold Wolf, Kraftwagenführer, Karlsruhe-Bietheim und Paulina Emilie geb. Kaffäler, Vertrag vom 12. Dezember 1930. Gütertrennung. 27. II. 31. Amtsgericht Karlsruhe. 576

Serien-Tage

28. Febr. 1931

Vergleich der getätigten Käufe am gleichen Tage 1930 u. 1931

So

hat sich die Zahl der bei uns getätigten Käufe gegenüber dem gleichen Tage des Vorjahres vermehrt!

Der Erfolg ist der beste Beweis!

HERMANN KARLSRUHE

Bürgerneuer.

Vom Wittloch, dem 4. bis Samstag, den 7. März 1931, wird die Bürgerneuer von den Steuerpflichtigen eingezogen die in den Strohen mit dem Anhangbuch haben

L. M. N. O und P
Rachner-Straße bis Buttlch-Straße, wohnen.
Eingangsstelle: Ritterstraße 5 (Haus Ködlin)
Anfangsstunden: Nur von 8-12 Uhr.
Karlsruhe, den 2. März 1931
Stadthauptkasse.

Zwangsversteigerung

6 V. 20/30.
Im Zwangswege versteigert das Notariat VI Karlsruhe
am Freitag, den 24. April 1931, vormittags 8 1/2 Uhr,
in seinen Diensträumen in Karlsruhe, Ralierstraße 154, die Grundstücke des Gemeinzens der ebsigen Gütergemeinschaft zwischen Karl Wolf, Zigarettenfabrikanten hier, auf Gemartung Karlsruhe-Darlanden.
Die Versteigerung wurde am 23. Juni 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachmeldungen über die Grundstücke zum Sachverhalt kann jedermann einsehen. Rechte, die am 23. Juni 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erloserteilung erst nach dem Anpruch des

17. ein einst. Trockenstopp mit eingebauten Gefällen.
18. ein einst. Backsteinpressraum an 17 angebaut.
19. ein einst. Backsteinpressraum an 18 angebaut.
20. ein zweif. Arbeitsraum und Kantine an 18 angebaut.
21. ein einst. Maschinenhaus an 19 und 20 angebaut.
22. eine einst. Werkstätte.
23. ein einst. Trockenstoppgebäude.
24. ein Dampfamin.
25. ein einst. Abortgebäude.
26. ein einst. Aborthaus.
27. ein einst. Schoof.
28. ein einst. Vorgang, nördlich an 1.
29. ein einst. Ventilatorenraum, südlich an 23 angebaut.
30. ein einst. Schuppen.
- 31.-43. ein einst. Trockenstopp mit eingebauten Gefällen.
44. ein einst. Transporgang, südlich an 23.
45. ein einst. Rordschuppen, westlich an 23.
46. ein einst. Verbindungsangang zwischen Trockenstopp und Brellehaus.
47. ein einst. Vorräum zum Brellehaus.
- 48.-73. je ein einst. Trockenstopp mit eingebauten Gefällen.
- Schätzungswert ohne Zubehör 80 000 RM.
- Schätzungswert mit Zubehör 81 000 RM.
- Zieleinrichtung: 36 571 RM.
- Tab. Nr. 18 281: 17 a 01 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 300 RM.
- Tab. Nr. 18 282: 17 a 22 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 500 RM.

- Tab. Nr. 18 220: 8 a 24 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 300 RM.
 - Tab. Nr. 17 480: 9 a 68 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 350 RM.
 - Tab. Nr. 17 238: 6 a 39 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 200 RM.
 - Tab. Nr. 17 240: 6 a 40 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 200 RM.
 - Tab. Nr. 17 235: 6 a 53 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 200 RM.
 - Tab. Nr. 18 982: 8 a 39 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 120 RM.
 - Tab. Nr. 18 986: 10 a 77 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 160 RM.
 - Tab. Nr. 18 609: 12 a 00 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 250 RM.
 - Tab. Nr. 17 495: 9 a 00 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 250 RM.
 - Tab. Nr. 17 497: 17 a 38 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 600 RM.
 - Tab. Nr. 17 496: 17 a 12 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 550 RM.
 - Tab. Nr. 17 508: 9 a 33 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 300 RM.
 - Tab. Nr. 17 605: 17 a 78 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 600 RM.
 - Tab. Nr. 17 507: 9 a 05 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 350 RM.
 - Tab. Nr. 17 506: 9 a 40 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 350 RM.
 - Tab. Nr. 17 508: 9 a 40 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 350 RM.
 - Tab. Nr. 17 653: 17 a 57 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 600 RM.
 - Tab. Nr. 17 651: 8 a 63 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 250 RM.
 - Tab. Nr. 17 654: 17 a 62 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert: 600 RM.
 - Tab. Nr. 17 652: 17 a 15 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 500 RM.
 - Tab. Nr. 17 653: 27 a 15 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert: 800 RM.
- Band 3 Febr 23 D:
Tab. Nr. 18 279: 27 a 00 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 1000 RM.
- Band 47 Febr 1:
Tab. Nr. 2078a:
Tab. Nr. 17 707b: 15 a 40 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 450 RM.
- Band 497 Febr 17:
Tab. Nr. 17 464: 8 a 33 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 250 RM.

Tab. Nr. 18 991: 10 a 98 am Aderland Gemann Fritschlach, Schätzungswert 150 RM.

Karlsruhe, den 23. Februar 1931.
Notarliches Notariat VI
— als Vollstreckungsgericht.

Die Benachteiligung hinsichtlich der Erbschaften ist durch das Gesetz vom 1. März 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 1) aufgehoben worden. Die Benachteiligung hinsichtlich der Erbschaften ist durch das Gesetz vom 1. März 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 1) aufgehoben worden. Die Benachteiligung hinsichtlich der Erbschaften ist durch das Gesetz vom 1. März 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 1) aufgehoben worden.

